

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

25. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 18. Dezember 1972	Nummer 124
--------------	---	------------

## Inhalt

### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20364	23. 11. 1972	RdErl. d. Finanzministers Vollzug des G 131; Verwendung einheitlicher Vordrucke . . . . .	1996
20510	20. 11. 1972	RdErl. d. Innenministers Verfolgung von Verkehrsverstößen durch die Polizei . . . . .	1999
21220	6. 11. 1971	Änderung der Satzung der Nordrheinischen Ärzteversorgung . . . . .	1999
232381 770 772	21. 11. 1972	Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kleinkläranlagen ohne Abwasserbelüftung — DIN 4261 Blatt 1 — . . . . .	1999
7130	23. 11. 1972	Gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales u. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Auslegung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 der Gewerbeordnung . . . . .	2009
7830	16. 11. 1972	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Berufsordnung der Tierärztekammer Westfalen-Lippe . . . . .	2011

### II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	<b>Finanzminister</b>	
30. 11. 1972	RdErl. — Mehrausgaben bei den Personalausgaben des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1972 . . . . .	2011
	<b>Personalveränderungen</b>	
	Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	2012

**I.****20364****Vollzug des G 131****Verwendung einheitlicher Vordrucke**

RdErl. d. Finanzministers v. 23. 11. 1972 —  
B 3367 — 2 — IV B 4

Meine RdErl. v. 10. 12. 1957 (SMBL. NW. 20364) und v. 27. 12. 1961 (SMBL. NW. 20364) sind wie folgt zu ändern:

1. In dem meinem RdErl. v. 10. 12. 1957 beigefügten Verzeichnis der Vordrucke im Vollzug des G 131 ist unter V. Jahresbescheinigungen die Bezeichnung des Vordrucks „V/6 — 2.59 Erklärung (K und O) über den Bezug von Kinderzuschlag und Ortszuschlag“ zu streichen. Der entsprechende Vordruck ist aus der Anlage zu entfernen.
2. In dem meinem RdErl. v. 27. 12. 1961 beigefügten Verzeichnis der Vordrucke im Vollzug des G 131 ist unter III. Jahresbescheinigungen die Bezeichnung des Vordrucks „III/8 — 12.64 Erklärung K und O“ durch die Bezeichnung „III/8 — 11.72 Erklärung (K, O und S) über den Bezug von Kinderzuschlag, Ortszuschlag und Sozialzuschlag“ zu ersetzen und der in der Anlage veröffentlichte Vordruck III/8 — 12.64 gegen den als Anlage beigefügten Vordruck III/8 — 11.72 auszutauschen.

**Anlage**

(Beleg-Nr.)

## für das Haushaltsjahr 19.....

(Unterschrift, Amtsbez. o. dgl.)

b) An .....  
(Zahlungsempfänger)  
für ..... DM monatlich  
von .....  
(zahlende Stelle)  
An .....  
(Zahlungsempfänger)  
für ..... DM monatlich  
von .....  
(zahlende Stelle)

<p>5. a) Haben die aufgeführten Kinder über 18 Jahre die Schul- oder Berufsausbildung, das freiwillige soziale Jahr, den Grundwehrdienst oder den zivilen Ersatzdienst unterbrochen?</p> <p>b) Welches Kind und für welchen Zeitraum?</p>	<p>a) ..... (ja/nein)</p> <p>b) ..... von ..... bis ..... 19..... ..... von ..... bis ..... 19.....</p>
<p>6. a) Haben die aufgeführten Kinder über 18 Jahre im Zusammenhang mit ihrer Ausbildung Dienstbezüge oder Arbeitsentgelt erhalten?</p> <p>b) Welches Kind und für welchen Zeitraum?</p>	<p>a) ..... (ja/nein)</p> <p>b) ..... von ..... bis ..... 19..... ..... von ..... bis ..... 19.....</p>
<p>7. a) Haben die aufgeführten Kinder über 18 Jahre im Zusammenhang mit ihrer Ausbildung sonstige Zuwendungen<sup>3)</sup> erhalten?</p> <p>b) Welches Kind für welchen Zeitraum und in welcher Art und Höhe?</p>	<p>a) ..... (ja/nein)</p> <p>b) ..... von ..... bis ..... 19..... ..... DM monatlich (Art der Zuwendung) ..... von ..... bis ..... 19..... ..... DM monatlich (Art der Zuwendung)</p>
<p>8. a) Befanden sich die aufgeführten Stiefkinder, Pflegekinder und Enkel in Ihrer Wohnung oder waren sie auf Ihre Kosten (in welcher Höhe?) anderweit untergebracht, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit ihnen aufgehoben wurde?</p> <p>b) Welches Kind nicht mehr und seit wann?</p> <p>c) Warum konnten die natürlichen Eltern den Unterhalt für die Enkel nicht bestreiten?</p>	<p>a) ..... (ja/nein) Höhe der Unterbringungskosten ..... DM monatl.</p> <p>b) ..... seit ..... 19..... (Vor- und Familienname)</p> <p>c) ..... (Begründung)</p>
<p>9. a) Sind Kinder, die unter 2. aufgeführt sind, während des Grundwehrdienstes zu Soldaten auf Zeit (Empfänger von Dienstbezügen) ernannt worden?</p> <p>b) Welches Kind und seit wann?</p>	<p>a) ..... (ja/nein)</p> <p>b) ..... seit ..... 19..... ..... seit ..... 19.....</p>

**B. Ortszuschlag** (Nur von den unter 40 Jahre alten ledigen Bediensteten zu beantworten, die den Ortszuschlag der Stufe 2 für Verheiratete erhalten)

<p>a) Haben sich die Voraussetzungen für den Bezug des Ortszuschlages der Stufe 2 geändert, insbesondere die Höhe des Einkommens der unterstützten Personen?</p> <p>b) Wenn ja, seit wann, wodurch?</p>	<p>a) ..... (ja/nein)</p> <p>b) seit ..... 19..... ..... (Begründung)</p>
---	---

Ich versichere, daß meine Angaben vollständig und richtig sind. Mir ist bekannt, daß ich verpflichtet bin, jede in den vorstehend dargelegten Verhältnissen eintretende Änderung meiner vorgesetzten Dienststelle sofort anzuzeigen, und daß ich alle Bezüge, die ich infolge unterlassener, verspäteter oder fehlerhafter Meldung zuviel erhalten habe, zurückzahlen muß.

....., den ..... Februar 19.....  
(Ort) ..... (Unterschrift)

**Bemerkungen:**

- 1) Sämtliche mit a) bezeichneten Fragen der Abschnitte A und B und die Frage unter Nr. 3 b) sind mit „ja“, „nein“ oder, wenn sie auf den Bezugsberechtigten nicht zutreffen, mit „entfällt“ zu beantworten.
- 2) In Spalte 4 sind zu bezeichnen mit einem:
  - a) eheliche Kinder (hierzu gehören auch die früheren nichtehelichen Kinder, die durch nachfolgende Ehe mit der Mutter des Kindes die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt haben), für ehelich erklärte Kinder (nichteheliche Kinder, die die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt haben) und an Kindes Statt angenommene Kinder (Adoptivkinder), das sind Kinder, die durch einen gerichtlich bestätigten Vertrag angenommen sind,
  - b) Stiefkinder (Stiefkinder sind die ehelichen, für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kinder des anderen Ehegatten, die nicht auch eigene Kinder sind, und die nichtehelichen Kinder des Ehegatten),
  - c) nichteheliche Kinder,
  - d) Pflegekinder,
  - e) Enkel.

Ob ein Kind als eheliches Kind, Stiefkind usw. anzusehen ist, richtet sich nach dem Verhältnis des Kindes zu dem Bediensteten, der diese Erklärung abgibt.
- 3) Zu den „sonstigen Zuwendungen“ zählen nicht Lehrlingsvergütungen, Unterhaltszuschüsse für Beamte im Vorbereitungsdienst, soweit sie nur in Höhe eines Bruchteils der vollen Dienstbezüge gewährt werden.

20510

### Verfolgung von Verkehrsverstößen durch die Polizei

RdErl. d. Innenministers v. 20. 11. 1972 —  
IV A 2 — 271

Die Anlage 3 des RdErl. v. 26. 11. 1971 (SMBL. NW. 20510) wird wie folgt geändert:

Es werden in Abschnitt II

in Nr. 8.1	„80,—“	durch „100,—“
in Nr. 8.2	„40,—“	durch „ 50,—“
in Nr. 11.	„40,—“	durch „ 50,—“
in Nr. 12.1	„40,—“	durch „ 50,—“
in Nr. 12.2.1	„30,—“	durch „ 50,—“
in Nr. 23.1	„80,—“	durch „100,—“
in Nr. 23.2	„40,—“	durch „ 50,—“

ersetzt.

— MBL. NW. 1972 S. 1999.

21220

### Anderung der Satzung der Nordrheinischen Ärzteversorgung Vom 6. November 1971

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein hat in ihrer Sitzung am 6. 11. 1971 folgende Änderung der Satzung der Nordrheinischen Ärzteversorgung beschlossen, die durch Erlass der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. November 1972 — VI B 1 — 15. 03. 46 — genehmigt worden ist.

#### Artikel I

Die Satzung der Nordrheinischen Ärzteversorgung vom 16. Dezember 1958 (SMBL. NW. 21 220) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 34 der Satzung wird folgender Paragraph eingefügt:

#### § 34 a)

##### Nachversicherung

(1) Wird ein Antrag auf Nachversicherung gemäß § 124 AVG bei der Versorgungseinrichtung gestellt, so führt sie die Nachversicherung nach den Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 durch.

(2) Bei der Versorgungseinrichtung können Ärzte (Ärztinnen) nachversichert werden, die

- unmittelbar vor Beginn der Nachversicherungszeit Mitglied der Versorgungseinrichtung waren oder
- im Laufe der Nachversicherungszeit die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft erfüllt hätten, wenn sie nicht gemäß § 6 Abs. 3 der Satzung von der Mitgliedschaft ausgenommen gewesen oder gemäß § 6 Abs. 5 Buchstabe e der Satzung befreit gewesen wären, oder
- unmittelbar im Anschluß an die Nachversicherungszeit die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft kraft der Satzung bei der Versorgungseinrichtung erfüllen.

(3) Die Versorgungseinrichtung ist verpflichtet, die Nachversicherungsbeiträge entgegenzunehmen. Diese sind so zu behandeln, als ob sie als Versorgungsabgaben gemäß § 21 Abs. 1 der Satzung rechtzeitig in der Zeit entrichtet worden wären, für die die Nachversicherung durchgeführt wurde. Die während der Nachversicherungszeit tatsächlich entrichteten Beiträge gelten als zusätzliche Versorgungsabgaben im Sinne des § 24.

(4) Der Nachversicherte gilt rückwirkend für die Dauer der Nachversicherung als Mitglied der Versorgungseinrichtung. Der Eintritt des Versorgungsfalles steht der Nachversicherung nicht entgegen.

#### Artikel II

Diese Satzungsänderung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

— MBL. NW. 1972 S. 1999.

232381

770  
772

### Kleinkläranlagen ohne Abwasserbelüftung — DIN 4261 Blatt 1 —

Gem. RdErl. d. Innenministers — V A 4 — 2.081 — 1440/72 — u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — III A 3 — 605/51 — 11766 — v. 21. 11. 1972

1. Die vom Fachnormenausschuß Wasserwesen im Deutschen Normenausschuß überarbeitete und als

#### DIN 4261 Blatt 1 (Ausgabe Oktober 1970)

— Kleinkläranlage

Anwendung, Bemessung, Ausführung und Betrieb

Anlagen ohne Abwasserbelüftung —

herausgegebene Norm wird hiermit nach § 3 Abs. 3 Anlage der Landesbauordnung (BauO NW) als Richtlinie bauaufsichtlich eingeführt, und zwar für

1.1 Kleinkläranlagen mit einem durchschnittlichen Anfall häuslicher Abwasser bis zu 8 m<sup>3</sup>/Tag (vgl. Nrn. 3.3 und 3.4 dieses Erlasses),

1.2 sonstige Kläranlagen, die häusliche Abwasser aus Gebäuden mit höchstens 200 Einwohnern im Trennverfahren behandeln (vgl. Nr. 3.5 dieses Erlasses).

Diese Norm ersetzt die DIN 4261 (Ausgabe Oktober 1954), die mit dem Gem. RdErl. v. 18. 2. 1964 (SMBL. NW. 23238) als Richtlinie bauaufsichtlich eingeführt worden ist; der Gem. RdErl. v. 18. 2. 1964 wird aufgehoben.

2. Bei Anwendung der Norm DIN 4261 Blatt 1 (Ausgabe Oktober 1970) ist folgendes zu beachten:

2.1 Die Norm gilt abweichend von der früheren Norm DIN 4261 nur noch für Kleinkläranlagen zur Behandlung und Einleitung des im Trennverfahren erfaßten häuslichen Schmutzwassers aus Gebäuden mit höchstens 200 (früher 500) Einwohnern (vgl. Abschnitt 1). Kläranlagen für mehr als 200 Einwohner oder für mischkanalisierte Gebiete sind nach der besonderen Regeln der Abwassertechnik zu bemessen und auszuführen. Die im Abschnitt 1 der Norm genannte DIN 19520 ist als Richtlinie für die Bauaufsichtsbehörden mit Gem. RdErl. v. 14. 2. 1967 (MBL. NW. S. 380/ SMBL. NW. 232381) eingeführt worden.

2.2 Nach der Präambel zur DIN 4261 Blatt 1 sind Kleinkläranlagen als Behelf zu betrachten. Gemäß § 56 Abs. 1 BauO NW dürfen sie nur hergestellt werden, wenn die Abwasser in einer Sammelkanalisation nicht behandelt werden können. In § 56 BauO NW ist ferner bestimmt, welche allgemeinen Anforderungen an Kleinkläranlagen im Hinblick auf ihre Anordnung und Beschaffenheit gestellt werden müssen. Weitere Vorschriften hinsichtlich des Abstandes von Brunnen, oberirdischen Gewässern, Öffnungen zu Aufenthaltsräumen und Nachbargrenzen enthalten die §§ 38 und 39 der Ersten Verordnung zur Durchführung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 26. Mai 1970 (GV. NW. S. 410/SGV. NW. 232).

2.3 Abweichend von Abschnitt 3.2.2. i. V. m. Abschnitt 6.4 der Norm kommen für die Beseitigung der Abwasser nach entsprechender Vorbehandlung in einer Kleinkläranlage in Betracht:

a) Untergrundverrieselung nach Abschnitt 3.1.3 i. V. m. Abschnitt 6.3 der Norm,

b) Einleitung in ein oberirdisches Gewässer nach Abschnitt 3.2.1 der Norm.

Eine Einleitung in den Untergrund durch Sickerschächte entsprechend Abschnitt 3.2.2 in Verbindung mit Abschnitt 6.4 der Norm ist unzulässig. Die verwendeten Anlagen arbeiten erfahrungsgemäß nur eine begrenzte Zeit einwandfrei, so daß die Besorgnis einer schädlichen Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaft auf die Dauer nicht auszuschließen ist.

- 2.4 Für Anlagen aus Beton oder Stahlbeton dürfen die in Abschnitt 5 (5.1.2) genannten Normen DIN 1045, DIN 1046, DIN 1047 und DIN 4225 nur während der im RdErl. v. 11. 2. 1972 (MBL. NW. S. 325/SMBL. NW. 232342) festgesetzten Übergangszeit (31. 12. 1973) angewendet werden. Außerdem gilt die Norm DIN 1045, Ausgabe Januar 1972, — Beton- und Stahlbetonbau; Bemessung und Ausführung — entsprechend dem RdErl. v. 10. 2. 1972 (MBL. NW. S. 220/SMBL. NW. 232342).
3. Verfahrensrechtlich ist folgendes zu beachten:
- 3.1 Die Errichtung, die Änderung und der Abbruch von Kleinkläranlagen bedürfen der Baugenehmigung (§§ 2 Abs. 2, 80 Abs. 1 BauO NW).
- 3.2 Die fortdauernde Einleitung des Abwassers aus Kleinkläranlagen in ein Gewässer (oberirdisches Gewässer, Grundwasser) bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis. Einzelheiten über die Aufgaben der Wasserbehörden und der Bauaufsichtsbehörden bei der Erlaubnis von Gewässerbenutzungen ergeben sich aus dem Gem. RdErl. v. 30. 6. 1972 (MBL. NW. S. 1295/SMBL. NW. 770).
- 3.3 Nach § 25 Abs. 1 BauO NW i. V. m. § 1 der Prüfzeichenverordnung (PrüfzVO) v. 4. Februar 1970 (GV. NW. S. 125/SGV. NW. 232) sind werkmäßig hergestellte Kleinkläranlagen prüfzeichenpflichtig. Darunter sind Kläranlagen aus vorgefertigten Bauteilen mit einem durchschnittlichen Anfall häuslicher Abwasser bis zu 8 m<sup>3</sup>/Tag (vgl. Nr. 1.1 dieses Erlasses) zu verstehen. Nach Abschnitt 4.3 der Norm in Verbindung mit den Abschnitten 6.1 und 6.2 der Norm entspricht eine Kläranlage für einen durchschnittlichen Anfall häuslicher Abwasser bis zu 8 m<sup>3</sup>/Tag dem Nutzinhalt von 16 m<sup>3</sup> bei Mehrkammergruben und von 80 m<sup>3</sup> bei Mehrkammer-Ausfallgruben. Prüfzeichen werden durch das Institut für Bautechnik in Berlin, 1 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76, erteilt.
- 3.4 Kleinkläranlagen ohne Abwasserbelüftung, die bei werkmäßiger Herstellung prüfzeichenpflichtig wären, dürfen an Ort und Stelle (ohne werkmäßige Vorfertigung) nur nach der als Richtlinie im Sinne des § 25 Abs. 4 BauO NW geltenden Norm DIN 4261 Blatt 1 hergestellt werden.
- 3.5 Für sonstige Kläranlagen (vgl. Nr. 1.2 dieses Erlasses) ist im Einzelfall in den vorgeschriebenen bau- und wasserrechtlichen Verfahren zu prüfen, ob sie den allgemein anerkannten Regeln der Abwassertechnik entsprechen. Ist für sie ein Prüfbescheid erteilt worden, so dürfen sie bis zum Ablauf der Geltungsdauer des Prüfbescheides verwendet werden.
- 3.6 Kleinkläranlagen müssen nach den Abschnitten 7 und 8.3 der Norm sachgemäß betrieben und regelmäßig gewartet werden. In die Baugenehmigung sind daher mindestens folgende Auflagen aufzunehmen:
- 3.6.1 Für die Kleinkläranlage müssen eine Bedienungsanweisung und geeignete Geräte zur Wartung vorhanden sein.
- 3.6.2 Die Kleinkläranlage ist nach Maßgabe der Bedienungsanweisung zu betreiben und zu warten. Verstopfungen, Ablagerungen, undichte Stellen und bauliche Schäden an der Anlage und ihren Teilen müssen unverzüglich beseitigt werden. Soweit nach der Bedienungsanweisung nicht kürzere Fristen vorgeschrieben sind, müssen alle Anlagenteile jährlich mindestens einmal auf Betriebsfähigkeit und Wirkung überprüft werden. Belege über die ordnungsgemäße Wartung und Entleerung der Anlage sind mindestens drei Jahre aufzubewahren.
4. Der Gem. RdErl. v. 14. 2. 1967 (MBL. NW. S. 380/SMBL. NW. 232381) wird wie folgt geändert:
- 4.1 Nummer 1 des RdErl. erhält folgende Fassung:  
Der Fachnormenausschuß Wasserwesen und die Arbeitsgruppe Einheitliche Technische Baubestimmung des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß haben die Norm DIN 19520 (Ausgabe Mai 1964) herausgegeben, in der unter Abschnitt 4.3.1.1 festgestellt wird, daß die Bestimmungen von DIN 4261 Blatt 1 auch für Kläranlagen von Krankenhäusern bis zu einem Anschlußwert von 200 Betten unter Berücksichtigung der in der Norm DIN 19520 enthaltenen Änderungen und Ergänzungen angewendet werden können. Für Kläranlagen mit einem Anschlußwert von mehr als 200 Betten gilt diese Norm nicht. Solche Anlagen sind im Einzelfall nach den allgemeinen Regeln der Klärtechnik zu bemessen und auszuführen.
- 4.2 Nummer 2 des RdErl. erhält folgende Fassung:  
Die Norm  
DIN 19520 (Ausgabe Mai 1964)  
— Abwasser aus Krankenanstalten; Richtlinien für die Behandlung —  
wird hiermit unter den Einschränkungen gemäß folgender Nummer 3 nach § 3 Abs. 3 der Landesbauordnung (BauO NW) als Richtlinie bauaufsichtlich eingeführt und in der Anlage bekanntgemacht.  
Für das Genehmigungsverfahren gelten die Ausführungen unter Nummer 3 des Gem. RdErl. v. 21. 11. 1972 (MBL. NW. S. 1999 / SMBL. NW. 232381) — betreffend DIN 4261 Blatt 1 — Kleinkläranlagen ohne Abwasserbelüftung — mit der Maßgabe, daß die Bauaufsichtsbehörde vor Erteilung der Baugenehmigung auch die zuständige Gesundheitsbehörde (Gesundheitsamt/Regierungspräsident) zu beteiligen hat.
5. Das mit RdErl. v. 7. 6. 1963 (SMBL. NW. 2323) bekanntgegebene Verzeichnis der nach § 3 Abs. 3 BauO NW eingeführten Technischen Baubestimmungen ist in Abschnitt 9.1 bei DIN 4261 wie folgt zu fassen:

DIN	Ausgabe	Bezeichnung	Eingeführt			Weitere Erlasse	Bemerkungen
			als	durch RdErl. v.	Fundstelle		
1	2	3	4	5	6	7	8
4261 Blatt 1	Oktober 1970	Kleinkläranlagen; Anwendung, Bemessung, Ausführung und Betrieb, Anlagen ohne Abwasserbelüftung	R	21. 11. 1972	MBL. NW. S. 1999 / SMBL. NW. 232381	Abwasser aus Krankenanstalten; Richtlinien für die Behandlung — Gem. RdErl. v. 14. 2. 1967 (MBL. NW. S. 380/ SMBL. NW. 232381)	

<b>Kleinkläranlagen</b> Anwendung, Bemessung, Ausführung und Betrieb Anlagen ohne Abwasserbelüftung	<b>DIN 4261</b> Blatt 1
---	----------------------------

Die Zulässigkeit des Einbaues und des Betriebes von Kleinkläranlagen unterliegt den baurechtlichen und wasserrechtlichen Vorschriften. Das erforderliche Ausmaß der Abwasserbehandlung und die Art der Abwassereinleitung ergeben sich aus den örtlichen Gegebenheiten und den Erfordernissen des Gewässerschutzes. Hierüber entscheidet die zuständige Behörde.

Kleinkläranlagen nach dieser Norm sind in vielen Fällen nur als Behelf zu betrachten. An ihre Stelle sollte deshalb sobald wie möglich der Anschluß an ein zentrales Entwässerungsnetz mit nachgeschalteter Kläranlage treten.

Der Entwurf der Kleinkläranlage ist von einem Fachmann aufzustellen.

Werkmäßig hergestellte Kleinkläranlagen dürfen nach den baurechtlichen Vorschriften verwendet werden, wenn sie mit einem Prüfzeichen versehen sind. (Das Prüfzeichen kann beim Institut für Bautechnik, 1 Berlin 30, Reichpietsch-ufer 72–76, beantragt werden.) Bei der Vorlage von Bauanträgen ist der Nachweis zu erbringen, daß das Prüfzeichen erteilt worden ist.

Maße in mm

Bei den im Text erscheinenden Bildern handelt es sich um Prinzipskizzen, diese stellen nicht die einzige Ausführungsmöglichkeit dar.

## Inhalt

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>1. Geltungsbereich</b></p> <p><b>2. Einbaustelle</b></p> <p><b>3. Möglichkeiten der Abwasserbehandlung und -einleitung</b></p> <p>3.1. Abwasserbehandlung</p> <p>3.1.1. Mechanische Reinigung (Entschlammung)</p> <p>3.1.2. Biologische Teilreinigung</p> <p>3.1.3. Biologische Reinigung bis zur Fäulnisunfähigkeit</p> <p>3.2. Abwassereinleitung</p> <p>3.2.1. Einleitung in ein oberirdisches Gewässer</p> <p>3.2.2. Einleitung in den Untergrund</p> <p><b>4. Bemessungsgrundlagen</b></p> <p>4.1. Wohngebäude</p> <p>4.2. Andere bauliche Anlagen ohne gewerbliches Abwasser</p> <p>4.3. Abwasseranfall</p> <p><b>5. Allgemeine Baugrundsätze</b></p> <p>5.1. Werkstoff und Ausführung</p> <p>5.2. Zu- und Ablaufleitungen</p> <p>5.3. Ausbildung und Abdeckung</p> <p>5.4. Lüftung</p> | <p>5.5. Dichtheit</p> <p>5.6. Einleiten von Fremdwasser</p> <p><b>6. Bemessung und Ausführung</b></p> <p>6.1. Mechanische Reinigung (Entschlammung) in Mehrkammergruben</p> <p>6.2. Biologische Teilreinigung in Mehrkammer-Ausfaulgruben</p> <p>6.3. Biologische Reinigung bis zur Fäulnisunfähigkeit</p> <p>6.3.1. Untergrundverrieselung nach Vorreinigung</p> <p>6.3.2. Sandfiltergraben nach Vorreinigung</p> <p>6.4. Sickerschacht nach Vorreinigung</p> <p>6.5. Zusammenstellung</p> <p><b>7. Betrieb und Wartung</b></p> <p>7.1. Allgemeines</p> <p>7.2. Mehrkammergruben und Mehrkammer-Ausfaulgruben</p> <p>7.3. Anlagen für Untergrundverrieselung und Sandfiltergraben</p> <p>7.4. Sickerschächte</p> <p><b>8. Tropfkörper</b></p> <p>8.1. Ausbildung</p> <p>8.2. Tropfkörper nach Mehrkammer-Ausfaulgruben</p> <p>8.3. Betrieb und Wartung</p> |
|---|---|

Frühere Ausgaben:  
DIN 4261: 2.42, 10.54

Änderung Oktober 1970:  
DIN 4261 geändert in DIN 4261 Blatt 1,  
siehe Erläuterungen.

## 1. Geltungsbereich

Diese Norm gilt für Kleinkläranlagen ohne Abwasserbelüftung zur Behandlung und Einleitung des im Trennverfahren erfaßten häuslichen Schmutzwassers aus einzelnen oder mehreren Gebäuden mit höchstens 200 Einwohnern. Als häusliches Schmutzwasser gilt Abwasser aus Küchen, Waschküchen, Waschräumen, Bäderräumen, Aborträumen und ähnlich genutzten Räumen.

Sie gilt nicht für die Behandlung gewerblichen Abwassers mit oder ohne Zufluß häuslichen Schmutzwassers.

Kläranlagen für mehr als 200 Einwohner oder für mischkanalisierte Gebiete sind nach anderen Regeln des Abwasserwesens zu bemessen und auszuführen.

Für Kläranlagen von Krankenanstalten gilt DIN 19 520 „Abwasser aus Krankenanstalten; Richtlinien für die Behandlung“.

Für Kläranlagen von Autobahnraststätten gelten gesonderte Festlegungen<sup>1)</sup>.

## 2. Einbaustelle

Bei der Wahl der Einbaustelle ist darauf zu achten, daß der Abstand der Anlage von vorhandenen und geplanten Wassergewinnungsanlagen und deren Schutzbereichen sowie von Gebäuden ausreichend ist. Die Möglichkeit der Schlammmentnahme und -beseitigung ist sicherzustellen.

## 3. Möglichkeiten der Abwasserbehandlung und -einleitung

### 3.1. Abwasserbehandlung

#### 3.1.1. Mechanische Reinigung (Entschlammung)

Für die Entschlammung sind Mehrkammergruben geeignet. Sie werden im allgemeinen zur mechanischen Reinigung des Wassers biologischen Reinigungsanlagen nach Abschnitt 3.1.3 vorgeschaltet. Diese Gruben können für sich allein auch als Übergangslösung in Frage kommen, wenn der spätere Anschluß an ein zentrales Entwässerungsnetz mit ausreichend bemessener Kläranlage sichergestellt ist.

#### 3.1.2. Biologische Teilreinigung

Mehrkammer-Ausfaulgruben bewirken eine biologische Teilreinigung. Gegenüber mechanischen Reinigungsanlagen (Mehrkammergruben) erhöhen sie die Betriebssicherheit und Wirkung nachgeschalteter biologischer Reinigungsanlagen durch besseren Belastungsausgleich und größeren Schlammraum.

Außerdem kann die Reinigung durch Nachschalten eines Tropfkörpers nach Abschnitt 8.2 verbessert werden.

#### 3.1.3. Biologische Reinigung bis zur Fäulnisunfähigkeit<sup>2)</sup>

Bei der Untergrundverrieselung wird das Abwasser nach Vorreinigung unter der Geländeoberfläche verteilt; dabei wird das Abwasser biologisch gereinigt. Bei günstigen Boden- und Grundwasserverhältnissen ist die Untergrundverrieselung die beste Art der Abwasserbehandlung. Dazu müssen die Rohrleitungen zum Vrieseln so weit über der Grundwasseroberfläche liegen, daß nach den örtlichen Erfahrungen noch ein ausreichender biologischer Abbau im Boden stattfinden kann. Die Untergrundverrieselung setzt das Vorhandensein einer genügend großen Fläche ohne Baumbestand voraus.

Ähnlich wirken Sandfiltergräben, bei denen das vorgereinigte Abwasser in eine oberliegende Rohrleitung eingeleitet, in eine darunterliegende Filterschicht versickert, dabei biologisch gereinigt, anschließend in einer unterliegenden Rohrleitung gesammelt und abgeleitet wird.

## 3.2. Abwassereinleitung

### 3.2.1. Einleitung in ein oberirdisches Gewässer

Vor der Einleitung in ein oberirdisches Gewässer ist das Abwasser in der Regel biologisch zu reinigen.

### 3.2.2. Einleitung in den Untergrund

Die Untergrundverrieselung nach Abschnitt 3.1.3 dient auch der Einleitung des Abwassers in den Untergrund.

Das Versenken des Abwassers in den Untergrund durch Sickerschächte kann dann in Frage kommen, wenn die Einleitung in ein oberirdisches Gewässer oder die Untergrundverrieselung nicht möglich und eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist. In klüftigem Untergrund ist die Versenkung nur in Ausnahmefällen angebracht. Die Art der Vorreinigung (mechanisch oder biologisch) wird von Fall zu Fall festgesetzt.

## 4. Bemessungsgrundlagen

### 4.1. Wohngebäude

Kleinkläranlagen für Wohngebäude sind nach der Anzahl der darin wohnenden oder voraussichtlich unterzubringenden Einwohner (E) zu bemessen. Je Familienwohnung ist jedoch mit mindestens 4 Einwohnern zu rechnen.

### 4.2. Andere bauliche Anlagen ohne gewerbliches Abwasser

#### 4.2.1. Es sind gleichzusetzen:

- |  |                               |
|--|-------------------------------|
| a) Beherbergungsstätten, Internate   | 1 Bett = 1 E                  |
| b) Camping- und Zeltplätze   | 2 Personen = 1 E              |
| c) Fabriken, Werkstätten   | 2 Betriebsangehörige = 1 E    |
| d) Büros, Geschäftshäuser  | 3 Betriebsangehörige = 1 E    |
| e) Gaststätten mit üblicher Nutzung  | 3 Sitzplätze = 1 E            |
| Zuschläge:   |                               |
| für Gaststätten mit größerer Nutzung bei 9- bis 10maliger Ausnutzung eines Sitzplatzes in 24 h | 1 Sitzplatz = 3 E             |
| bei 11- bis 14maliger Ausnutzung eines Sitzplatzes in 24 h                                     | 1 Sitzplatz = 4 E             |
| bei 15- bis 18maliger Ausnutzung eines Sitzplatzes in 24 h                                     | 1 Sitzplatz = 5 E             |
| für Sommer- oder Gartengaststätten   | 15 Sitzplätze im Freien = 1 E |
| f) Vereins-, Boots- und Klubgebäude ohne Bewirtschaftung                                       | 10 Benutzer = 1 E             |
| g) Schulen ohne Bade- oder Dusch-einrichtungen (für Lehrschwimmbecken siehe Abschnitt 5.6)     | 10 Personen = 1 E             |
| h) Versammlungsstätten und Sportstätten ohne Gaststättenbetrieb                                | 30 Besucherplätze = 1 E       |

#### 4.2.2. Wohnungen in baulichen Anlagen nach Abschnitt 4.2.1 sind nach Abschnitt 4.1 zu berücksichtigen.

<sup>1)</sup> KfK/ATV-Arbeitsblatt A 109 „Richtlinien für die Bemessung von Kläranlagen der Autobahn-, Rast- und -Tankanlagen“, Oktober 1965, ZfGW-Verlag, 6 Frankfurt/M 90, Postfach 901080.

<sup>2)</sup> Zum Nachweis der Fäulnisunfähigkeit nach dieser Norm genügt das Verfahren H22 (Prüfung auf Fäulnisfähigkeit, Prüfungsverfahren 2, Prüfung mit Methylenblau) der Deutschen Einheitsverfahren (DEV) zur Wasser-, Abwasser- und Schlamm-Untersuchung, Verlag Chemie GmbH, Weinheim/Bergstraße, 3., völlig neubearbeitete Auflage.



Bild 1

$$a \geq \frac{2}{5} t \text{ bei Schlitten}$$

$$a \geq \frac{2}{3} t \text{ bei anderen Durchtrittsöffnungen}$$

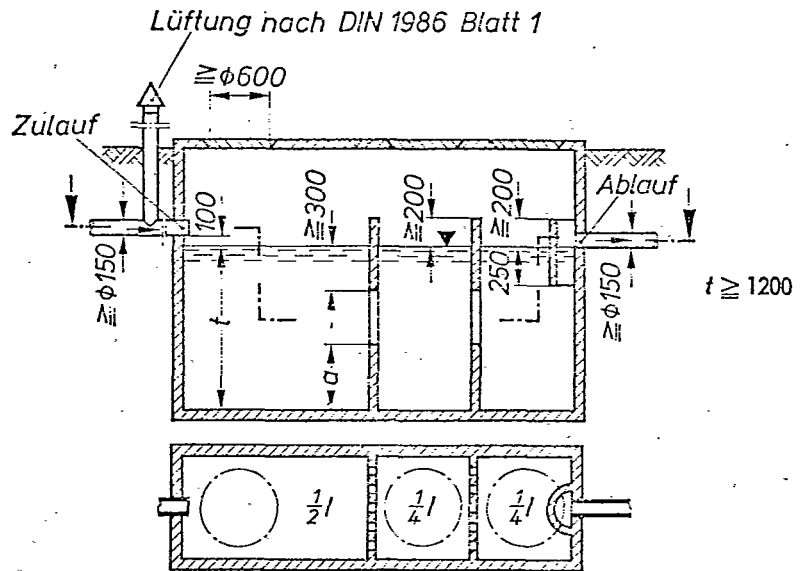


Bild 2

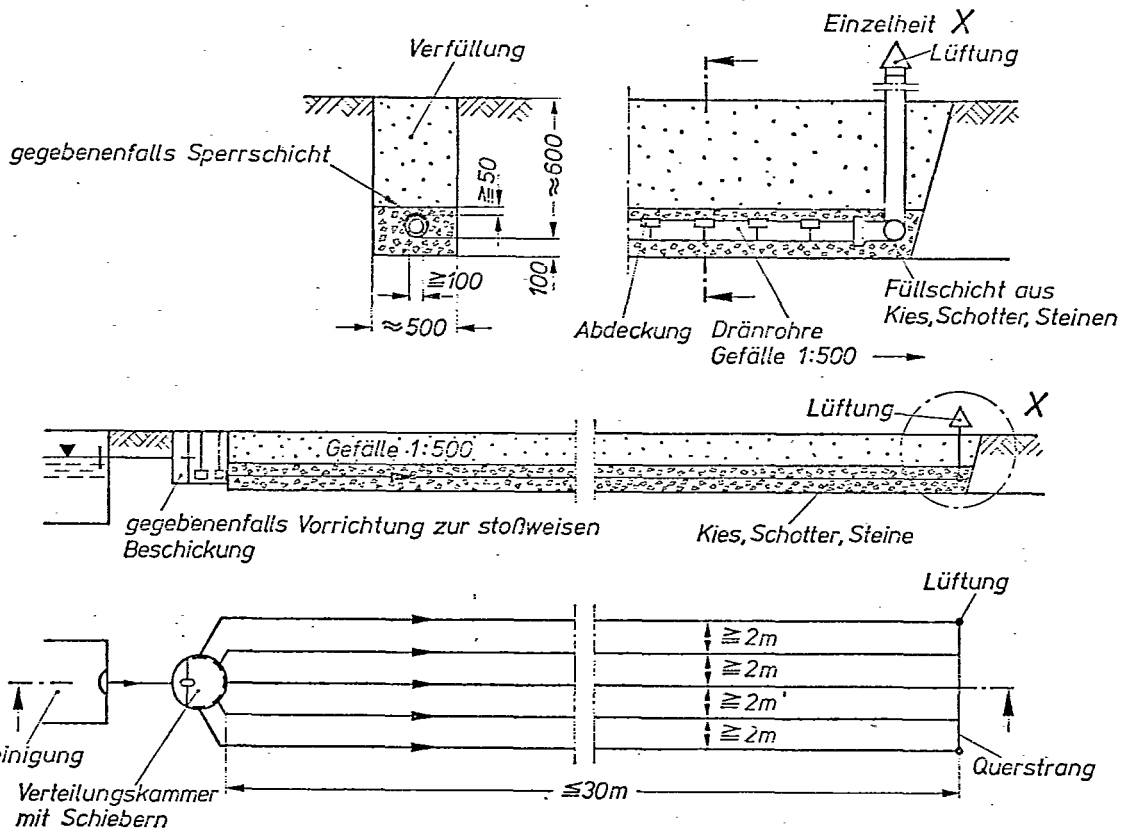


Bild 3

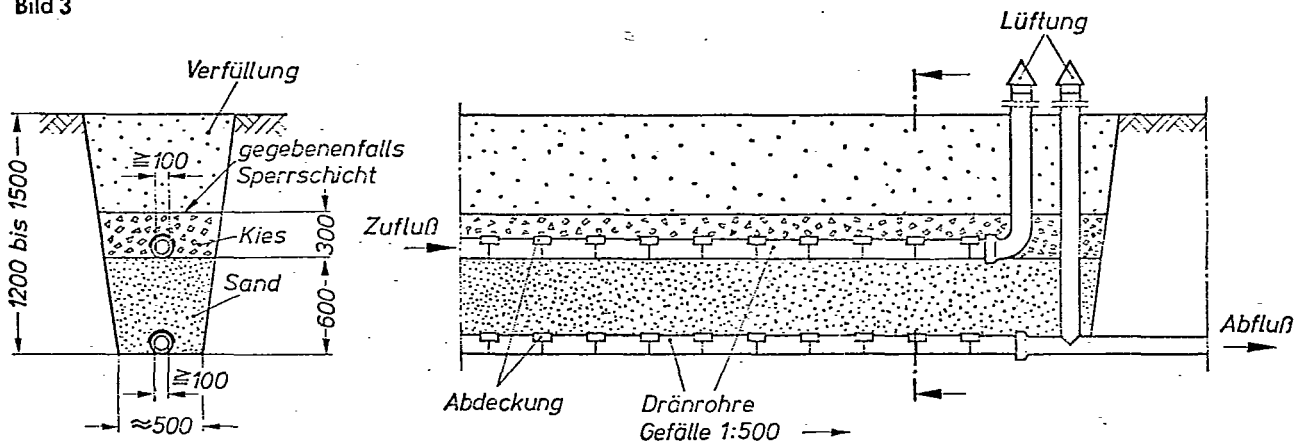


Bild 4

3000 l haben. Der Inhalt der ersten Kammer muß  $\frac{2}{3} l$  des Gesamtnutzhalt  $l$  haben. Die Wassertiefe muß mindestens 1,20 m sein und darf höchstens 1,90 m betragen.

**6.1.3. Mehrkammergruben als Drei- oder Vierkammergruben** (siehe Bild 2) müssen einen spezifischen Nutzhalt von 300 l/E, mindestens jedoch einen Gesamtnutzhalt von  $l_{\min} = 3000$  l haben. Der Inhalt der ersten Kammer muß die Hälfte ( $\frac{1}{2} l$ ) des Gesamtnutzhalt  $l$  aufweisen. Die Wassertiefe der Gruben muß mindestens 1,20 m betragen. Die größte zulässige Wassertiefe  $t_{\max}$  ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Nutzhalt der Grube $l$	größte zulässige Wassertiefe $t_{\max}$ m
3000 bis 4000	1,5
> 4000 bis 10000	2,2
> 10000 bis 50000	2,5
> 50000	3

Bei hintereinander geschalteten Gruben (mehrere getrennte Baukörper) wird die Wassertiefe  $t_{\max}$  jeder einzelnen Grube nach ihrem Nutzhalt bestimmt.

## 6.2. Biologische Teilreinigung in Mehrkammer-Ausfaulgruben

Mehrkammer-Ausfaulgruben müssen wenigstens aus drei Kammern bestehen und einen spezifischen Nutzhalt von 1500 l/E, mindestens jedoch einen Gesamtnutzhalt von  $l_{\min} = 6000$  l haben. Für sichere Lüftung ist zu sorgen. Im übrigen gelten für die Bemessung und Ausführung die Abschnitte 6.1.1 und 6.1.3.

## 6.3. Biologische Reinigung bis zur Fäulnisunfähigkeit<sup>2)</sup>

### 6.3.1. Untergrundverrieselung nach Vorreinigung (siehe Abschnitt 3.1.3)

Die Länge der Rohrleitungen zum Verrieseln (siehe Bild 3) ist unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit des Untergrundes zu bemessen. Wenn hierüber örtliche Erfahrungen fehlen, so können folgende allgemeine Erfahrungswerte zugrunde gelegt werden:

Kies oder Sand	10 m/E
lehmiger Sand	15 m/E
sandiger Lehm	20 m/E

In Zweifelsfällen empfiehlt es sich, diese Werte zu erhöhen. Eine Erweiterung des Rieselnetzes soll möglich sein. Für die Rohrleitungen sind Dränrohre mit einer lichten Weite von mindestens 100 mm zu verwenden. Die Leitungen sind frostfrei, mindestens 600 mm tief und mit einem ausreichenden Abstand von der Grundwasseroberfläche zu verlegen.

Die Rohrleitungen sollen ein Gefälle von 1 : 500 haben. In Hanglagen sind Absturzschächte einzubauen. Es sind wenigstens zwei einzeln abstellbare Stränge, deren Einzellänge 30 m nicht überschreiten soll, mit einem Abstand von 2 m oder mehr anzuordnen. Alle Stränge sollen von einer Verteilerkammer ausgehen, um die gleichmäßige Verteilung des Abwassers auf die einzelnen Stränge sicherzustellen. Fließt das Abwasser den Rohrleitungen zur Verrieselung nicht stoßweise zu, so ist eine geeignete Vorrichtung zur stoßweisen Beschickung in die Verteilerkammer einzubauen; hierbei ist der Gefälleverlust zu berücksichtigen. An den Enden der Rohrleitungen sind Lüftungsröhre einzubauen, die gegen das Eindringen von Fremdkörpern zu schützen sind. Es

empfiehlt sich außerdem, zur besseren Belüftung die Rohrleitungsenden durch einen Querstrang zu verbinden.

Die Rohrgräben sollen etwa 500 mm breit sein. Sie sind in ganzer Grabenbreite zunächst mit einer etwa 100 mm hohen Schicht aus Kies, Schotter, Steinen oder anderen geeigneten Stoffen anzufüllen. Darauf sind die Rohrleitungen zu verlegen. Dann sind die gleichen Stoffe weiter einzufüllen, bis die Rohre mindestens 50 mm hoch davon überdeckt sind. Zum weiteren Verfüllen des Rohrgrabens ist eine Bodenart zu verwenden, die das Zugschlammern der darunterliegenden Füllschicht verhindert, andernfalls ist eine Sperrschicht (z. B. bitumierte Pappe) einzubringen.

### 6.3.2. Sandfiltergraben nach Vorreinigung (siehe Abschnitt 3.1.3)

Die Sandfiltergräben (siehe Bild 4) müssen eine Länge von mindestens 6 m/E haben. Die Länge eines Grabens soll 30 m nicht überschreiten. Der Graben muß eine Sohlenbreite von etwa 500 mm haben und 1,20 bis 1,50 m tief sein. Auf die Sohle sind zunächst Dränrohre mit einer lichten Weite von mindestens 100 mm als Ablaufleitung zu verlegen, stumpfe Stöße sind oben abzudecken. Darauf ist der Graben mit einer Filterschicht aus Sand ohne bindige Beimengungen 600 mm hoch anzufüllen. Auf dieser Filterschicht wird die Zulaufleitung, ebenfalls bestehend aus Dränrohren mit einer lichten Weite von mindestens 100 mm, verlegt und alsdann nach Abdecken der Stöße eine etwa 300 mm hohe Schicht aus sandigem Kies eingefüllt. Danach ist der Graben entsprechend Abschnitt 6.3.1 zu verfüllen.

Die Luft muß freien Zutritt zu beiden Leitungen haben. Erforderlichenfalls sind Lüftungsrohre nach Abschnitt 6.3.1 einzubauen.

### 6.4. Sickerschacht nach Vorreinigung (siehe Abschnitt 3.2.2)

Sickerschächte (siehe Bild 5) dürfen im Bereich der sickertfähigen Schicht durchlässige Wände haben, eine befestigte Schachtsohle ist nicht erforderlich. Die lichte Weite muß mindestens 1000 mm betragen.

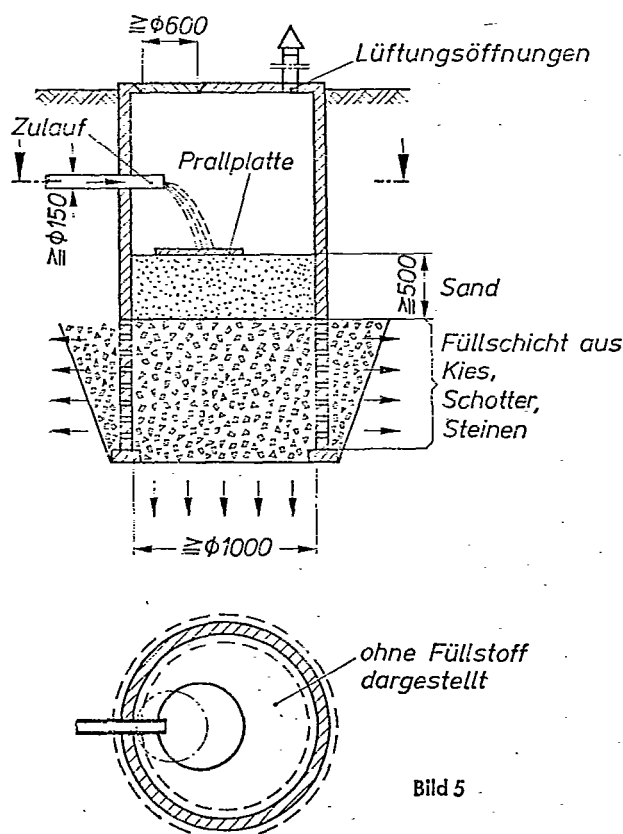


Bild 5

<sup>2)</sup> Siehe 3.1.3.

Tabelle zu Abschnitt 6.5

Anlageteil	Abwasserbehandlung		Inhalt bzw. Länge je E	Bemessung	
	Art	Abschnitt		Gesamtnutzzinhalt mindestens	Abschnitt
Mehrkammergruben	mechanische Reinigung	3.1.1 6.1 7.2	300 l	3000 l	6.1.2
Mehrkammer-Ausfaulgruben	biologische Teilreinigung	3.1.2 6.2 7.2	1500 l	6000 l	6.2
Untergrundverrieselung	biologische Reinigung bis zur Fäulnis- unfähigkeit	3.1.3 6.3.1 7.3	10 m bis 20 m	—	6.3.1
Sandfiltergraben		3.1.3 6.3.2 7.3	≥ 6 m	—	6.3.2
Tropfkörper		8	250 l	4000 l	8.1
Tropfkörper nach Mehrkammer- Ausfaulgruben	(Sauerstoff- anreicherung)	8	150 l	2000 l	8.2
Sickerschacht	Versenken in den Untergrund	3.2.2 6.4 7.4	—	—	(6.4)

Die erforderliche nutzbare Sickerfläche, d. h. die in der sickerfähigen Schicht liegenden durchlässigen Flächen der Wände und der Sohle, richtet sich nach der Aufnahmefähigkeit des Bodens und dem Druck, der durch die Wassersäule im Sickerschacht ausgeübt wird. Sie ist von Fall zu Fall auf Grund örtlicher Gegebenheiten und Erfahrungen zu bemessen.

Der Abstand zwischen Schachtsohle und Grundwasseroberfläche soll mindestens 1 m betragen.

Es ist zweckmäßig, den Sickerschacht mit grobkörnigen Füllstoffen zu füllen, deren Korngröße von unten nach oben abnimmt. Die oberste Schicht muß jedoch aus feinem Sand bestehen, mindestens 500 mm hoch und gegen Ausspülen gesichert sein, z. B. durch eine Prallplatte. Zum Erhöhen der Sickerwirkung empfiehlt es sich, die Baugrube nach Erstellen des Sickerschachtes mit Kies, Schotter oder Steinen zu verfüllen.

## 6.5. Zusammenstellung (siehe Tabelle)

## 7. Betrieb und Wartung

### 7.1. Allgemeines

**7.1.1.** Eine Kleinkläranlage erfüllt nur ihren Zweck, wenn sie sachgemäß betrieben und regelmäßig gewartet wird. Betrieb und Wartung sind so einzurichten, daß Gefährdungen des Menschen und der Umwelt nicht zu besorgen sind. Das gilt besonders für das Entnehmen, den evtl. Abtransport und die Unterbringung von Schlamm oder Schwimmschlamm aus Mehrkammergruben oder Mehrkammer-Ausfaulgruben.

**7.1.2.** Für den Betrieb und die Wartung einschließlich der einwandfreien Schlammabfuhr ist vom Planverfasser oder dem Hersteller der Anlage eine Bedienungsanweisung aufzustellen und dem Bauherrn auszuhändigen. Geräte zur Wartung müssen vorhanden sein.

Die Wartung mehrerer Kleinkläranlagen durch einen sachkundigen Beauftragten ist der Einzelwartung vorzuziehen.

**7.1.3.** Bei der Wartung ist auf Betriebsfähigkeit und Betriebssicherheit zu achten; Verstopfungen, Ablagerungen, undichte Stellen, bauliche Schäden an der Anlage und ihren Teilen müssen unverzüglich beseitigt werden.

### 7.2. Mehrkammergruben und Mehrkammer-Ausfaulgruben

Mehrkammergruben sind nach Bedarf mindestens jährlich einmal zu räumen. Mehrkammer-Ausfaulgruben sind zu räumen, wenn etwa  $\frac{2}{5}$  ihres Nutzinhalt mit Schlamm angefüllt ist. Etwa  $\frac{1}{6}$  des Schlammes soll zum Impfen in den Anlagen verbleiben. Schwimmschlammdecken sind von Zeit zu Zeit abzuschöpfen oder zu zerstören und unter Wasser zu drücken, damit Zulauf, Ablauf und Lüftung nicht beeinträchtigt werden.

### 7.3. Anlagen für Untergrundverrieselung und Sandfiltergraben

Alle Anlageteile sind jährlich mindestens einmal auf Betriebsfähigkeit und Wirkung zu überprüfen. Dabei ist auf den einwandfreien Zustand der Lüftungsleitungen und der Ablaufleitungen besonders zu achten.

### 7.4. Sickerschächte

Sickerschächte sind jährlich mindestens einmal auf Betriebsfähigkeit und Wirkung zu überprüfen. Kann bei Nachlassen der Sickerfähigkeit die Durchlässigkeit durch Erneuern der Feinsandschicht und Säubern der darunterliegenden Füllstoffe nicht wiederhergestellt werden, so ist ein neuer Sickerschacht zu setzen oder eine andere Art der Abwasserbehandlung oder der Abwassereinleitung zu wählen.

### 8. Tropfkörper<sup>3)</sup>

Auch mit Tropfkörpern kann eine biologische Reinigung bis zur Fäulnisunfähigkeit erreicht werden.

Tropfkörpern ist eine Anlage zur mechanischen Reinigung (siehe Abschnitt 3.1.1 und 3.1.2) vorzuschalten.

#### 8.1. Ausbildung

Der Tropfkörper (siehe Bild 6) muß einen spezifischen Nutzinhalt (Rauminhalt der Füllung) von 250 l/E, mindestens jedoch einen Gesamtnutzinhalt von  $l_{\text{min}} = 4000$  l haben. Die Füllung muß mindestens 1,50 hoch sein. Für die Füllstoffe gilt DIN 19 557 „Füllstoffe für Tropfkörper; Anforderung, Prüfung, Einbringen“. Das Abwasser ist auf die Oberfläche gleichmäßig zu verteilen, z. B. durch Drehsprenger, Verteilerrinnen. Bei geschlossenen Tropfkörpern muß der Raum über den Füllstoffen so ausgebildet sein, daß der Tropfkörper jederzeit leicht überwacht, gewartet und instandgehalten werden kann. Der Tropfkörper ist ausreichend zu belüften; dabei ist darauf zu achten, daß die Luft den gesamten Füllstoffkörper senkrecht durchströmen kann. Der Boden des Tropfkörpers muß zugänglich und leicht zu reinigen sein und in seiner ganzen Ausdehnung Luft durchlassen können. Für einen ungehinderten Abfluß des gereinigten Abwassers ist zu sorgen. Die Ablaufleitung des Tropfkörpers ist so anzuordnen, daß in ihr kein Rückstau eintreten kann.

#### 8.2. Tropfkörper nach Mehrkammer-Ausfaulgruben

Wird einer Mehrkammer-Ausfaulgrube ein Tropfkörper nachgeschaltet, so muß dieser einen spezifischen Nutzinhalt von 150 l/E, mindestens jedoch einen Gesamtnutzinhalt von  $l_{\text{min}} = 2000$  l haben. Im übrigen gilt hierfür Abschnitt 8.1.

#### 8.3. Betrieb und Wartung

Beschickungs- und Verteilereinrichtungen der Tropfkörper sind häufig auf einwandfreie Betriebsfähigkeit und Wirkung zu prüfen, sorgfältig zu warten und erforderlichenfalls instandzusetzen (z. B. waagrechtes Einstellen von Verteilerrinnen).

Eine durch Pfützenbildung sich anzeigende Verschlammlung der Tropfkörperoberfläche ist durch Spülen oder durch Aufnehmen und Reinigen der verschlammten Füllstoffe zu beseitigen; unbrauchbar gewordene oder fehlende Füllstoffe sind zu ersetzen.

Nachklärbecken sind nach Bedarf mindestens jährlich einmal zu räumen.

<sup>3)</sup> Eine Norm für Kleinkläranlagen mit Abwasserbelüftung ist in Vorbereitung; bis zu deren Herausgabe sind für Tropfkörper die in diesem Abschnitt enthaltenen Festlegungen maßgebend.

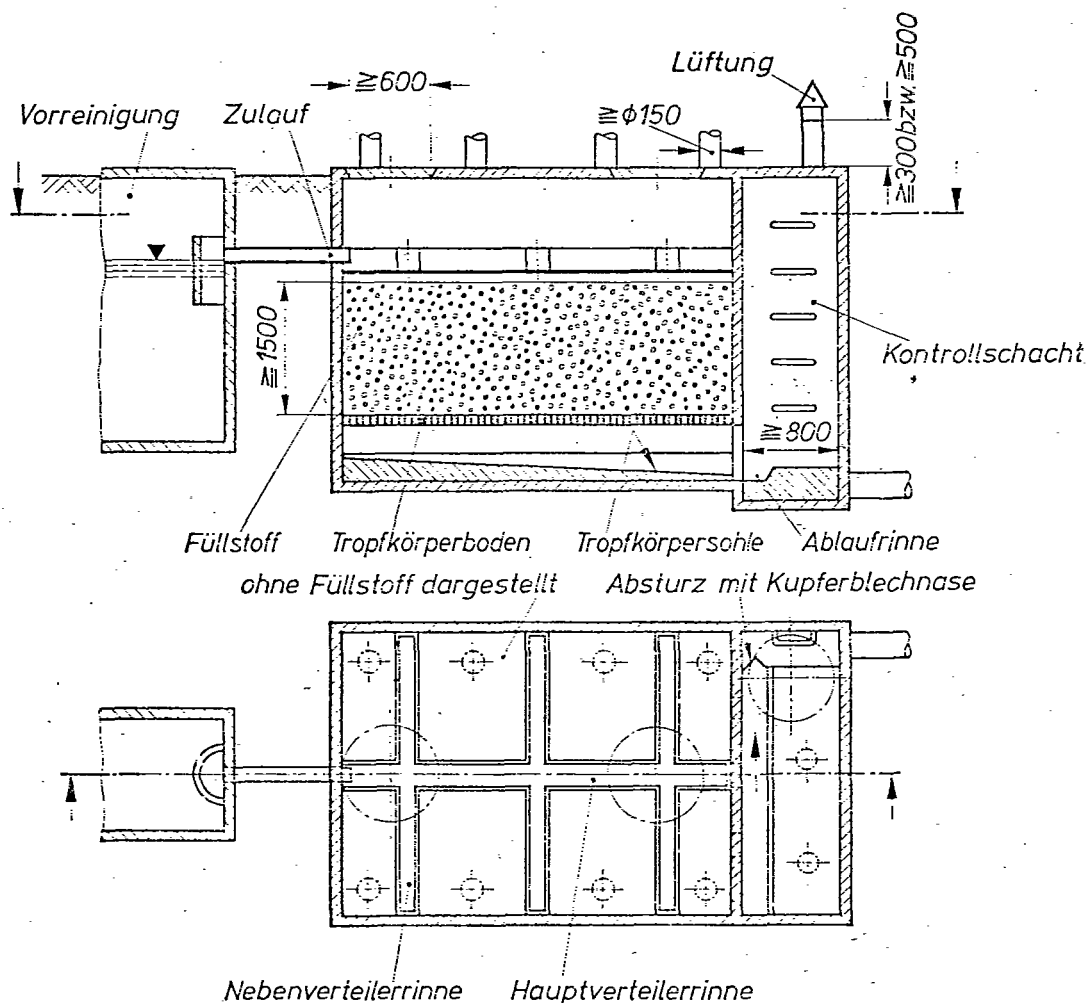


Bild 6

### Erläuterungen

Bei der Überarbeitung von DIN 4261, Ausgabe Oktober 1954, wurde darauf Wert gelegt, technische Regeln für Bau und Betrieb von Kleinkläranlagen festzulegen. Rechtliche Vorschriften wurden nicht mehr aufgenommen, dafür aber ein entsprechender Abschnitt in die Vorbemerkungen eingefügt.

Im Abschnitt 1 ist der Geltungsbereich auf die Behandlung häuslichen Schmutzwassers von höchstens 200 Einwohnern beschränkt worden (bisher 300 Einwohner im Norm-Entwurf, Ausgabe August 1966 bzw. 500 Einwohner in der Norm, Ausgabe Oktober 1954).

Auf Grund des gestiegenen Wasserbedarfs wurde der tägliche Schmutzwasseranfall von 100 Liter/Einwohner (DIN 4261, Ausgabe Oktober 1954) auf 150 Liter/Einwohner erhöht.

Nachdem der Geltungsbereich der Norm auf Kleinkläranlagen für höchstens 200 Einwohner beschränkt worden ist und zweistöckige Kleinkläranlagen bis zu dieser Größe nicht in Betracht kommen, sind technische Regeln für diese Anlagen nicht mehr aufgenommen worden.

Aufgenommen wurde ein Hinweis auf das für die Bemessung der Kleinkläranlagen von Autobahnraststätten geltende Arbeitsblatt des Kuratoriums für Kulturbauwesen (KfK) und der Abwassertechnischen Vereinigung e.V. (ATV), da diese auf Grund der besonderen Belastung (z. B. Stoßbelastung) nicht wie Kleinkläranlagen nach dieser Norm zu behandeln sind (siehe Abschnitt 1). Autobahnraststätten sind in der Regel für mehr als 200 Einwohner zu bemessen. Gaststätten in der Nähe von Rastplätzen der Autobahn sind nach Abschnitt 4.2 zu bemessen, wenn weniger als 200 Einwohner angeschlossen sind.

Der Inhalt des bisherigen Abschnittes „Anforderung der Kleinkläranlage“ wurde entsprechend der sachlichen Zugehörigkeit auf andere Abschnitte verteilt.

Das Einleiten von Fremdwasser (bisher nur Regenwasser) in Kleinkläranlagen wurde für unzulässig erklärt (siehe Abschnitt 5.6).

Der Ausdruck „Entschlammung“ wurde durch den umfassenderen und heute allgemein gebräuchlichen Ausdruck „mechanische Reinigung“ ersetzt.

Bei der biologischen Reinigung wurde unterschieden zwischen „biologischer Teilreinigung“ (Stoffabbau durch Anaerobier) und zwischen „biologischer Reinigung bis zur Fäulnisunfähigkeit“ (Stoffabbau durch Aerobier).

Die Prüfung auf Fäulnisfähigkeit wird mit der Methylenblau-Probe vorgenommen. Eine eingehende Prüfung kann wegen der Vielzahl der vorhandenen Anlagen und des damit verbundenen Zeitaufwandes nicht durchgeführt werden. Somit gilt als fäulnisunfähig ein Abwasser, das sich bei Prüfung mit Methylenblau nach 5 Tagen nicht entfärbt hat.

Der Abschnitt 8 „Tropfkörper“ wurde entgegen dem in den Abschnitten 1 bis 7 eingehaltenen Aufbau gesondert gegliedert, damit bei Erscheinen der Norm über Kleinkläranlagen mit Abwasserbelüftung der dann zu ersetzende Teil bereits in geschlossener Form vorliegt.

Der der Mehrkammer-Ausfaulgrube nachgeschaltete Tropfkörper, der der Anreicherung des abfließenden Wassers mit Sauerstoff dient, soll einen spezifischen Nährgehalt von 150 Liter/Einwohner und eine Mindesthöhe von 1,50 m (im Norm-Entwurf August 1966 100 Liter/Einwohner bzw. 1,0 m) haben, um seine Wirkung zu verbessern.

— MBI. NW. 1972 S. 1999.

7130

### Auslegung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 der Gewerbeordnung

Gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales — III R — 8001.7 — (III Nr. 21/72) u. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr — III/A 4 — 46 — 04 — 73/72 — v. 23. 11. 1972

Bei Auslegung des Verzeichnisses der genehmigungsbedürftigen Anlagen in § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 der Gewerbeordnung i. d. F. v. 7. Juli 1971 (BGBl. I S. 888) sind folgende Hinweise zu beachten:

- Zu Nr. 1: Die Angabe über die Leistung der Feuerungsanlage bezieht sich auf die stündlich zur Erzielung der maximalen Dauerlast in die Feuerung einzubringende Brennstoffmenge (Leistung in kcal/h = mittlerer Heizwert des verwendeten Brennstoffes in kcal/kg  $\times$  eingebrachte Brennstoffmenge in kg/h).
- Mehrere Einzelfeuerungen bilden dann eine gemeinsame Anlage, wenn sie einem gemeinsamen Zweck zu dienen bestimmt sind und in einem engen räumlichen Zusammenhang stehen. Das ist z. B. in der Regel der Fall, wenn Gebäude einer Werksanlage durch mehrere Feuerungen beheizt werden.
- Die Abgase von Feuerungsanlagen für gasförmige Brennstoffe enthalten in der Regel weniger Schadstoffe als die Abgase von Anlagen für feste oder flüssige Brennstoffe; bei großen Feuerungsanlagen kann jedoch insbesondere der Auswurf von nitrosen Gasen und auch von Schwefeloxiden nicht unbedenklich sein. Daher ist den Fragen der Verbrennungsbedingungen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und zu prüfen, ob die Schornsteinhöhe für eine ordnungsgemäße Ableitung der Abgase ausreicht.
- Zu Nr. 2: Zu den Anlagen, die dazu bestimmt sind, Stoffe aufzubereiten, die in Müllverbrennungs-, Kompostierungs- oder Rückgewinnungsanlagen weiter behandelt werden sollen, gehören insbesondere Anlagen zum Zerkleinern von Großmüll (Möbel u. ä.). Diese Anlagen sind auch dann genehmigungspflichtig, wenn sie nicht in einem räumlichen oder funktionalen Zusammenhang mit einer Verbrennungs-, Kompostierungs- oder Rückgewinnungsanlage betrieben werden.
- Zu den Anlagen zum Zerkleinern von Schrott durch Rotormühlen gehören insbesondere die Shredder-Anlagen zur Zerkleinerung von Kraftwagen, Kühlschränken und anderen Gegenständen aus Metall.
- Deponien gehören nicht zu den unter Nr. 2 aufgeführten Anlagen.
- Zu Nr. 3: Anlagen zum Brechen und Klassieren von Gestein sind nur dann genehmigungspflichtig, wenn das Gestein in Steinbrüchen gewonnen worden ist; zu diesen Anlagen gehören z. B. nicht die Kiesbrecher in Kieswerken.
- Zu Nr. 5: Emaillerschmelzer sind, unabhängig von ihrer Größe, Anlagen zum Schmelzen oder Sintern mineralischer Stoffe; die erzeugten Produkte werden als „Fritten“ bezeichnet. Als mineralische Rohstoffe werden u. a. Feldspat, Quarz und Flußspat verwendet. Zu den Emaillerschmelzen gehören nicht die Emailierereien, in denen die Emaille auf die metallischen Rohkörper aufgebracht wird, da die Emaille oder Fritte selbst kein mineralischer Stoff mehr ist.
- Zu Nr. 6: Hierzu gehören auch Anlagen zum Lettern-einschmelzen und das Wiedereinschmelzen von Lagermetallabfällen.

Zu Nr. 7: Die Genehmigungspflicht erstreckt sich auf die gesamte Anlage. Hierzu gehören nicht nur die Einrichtungen zum Abgießen und Abkühlen, sondern auch die zur Kernherstellung, Sandaufbereitung u. a.

Einrichtungen zum Gießen, soweit nicht in Gießereien im herkömmlichen Sinne verwendet werden, z. B. Einrichtungen zum Ausgießen von Lagern in Motorenfabriken und Ausbesserungswerkstätten, fallen nicht unter die Genehmigungspflicht. Die Genehmigungspflicht für die in einer Gießerei vorhandenen Schmelzanlagen ergibt sich aus der Nr. 6 VgA.

Zu Nr. 8: Betriebsabteilungen, die über besondere Anlagen mit feuerflüssigen Bädern zum Verbleien, Verzinnen oder Verzinken verfügen und regelmäßig und in erheblichem Umfang Verbleiungs-, Verzinnungs- oder Verzinkungsarbeiten durchführen, sind genehmigungspflichtig.

Zu Nr. 9: Wenn in einer Anlage zu einem oder mehreren bereits vorhandenen Hämmern ein weiterer Hammer neu aufgestellt werden soll, ist dies als Veränderung der Anlage nach § 25 Abs. 1 GewO zu behandeln mit der Folge, daß ggf. auf die Bekanntmachung verzichtet werden kann.

Für die Berechnung der Schlagenergie des einzelnen Hammers sind nicht nur das Bärgewicht, sondern auch die übrigen mit dem Bär zusammenhängenden Massen, also auch ein Gesenk, zu berücksichtigen.

Die Genehmigungspflicht bezieht sich auch auf Hämmer mit einer geringeren Schlagenergie als 100 Meterkilogramm, wenn sie in einer Anlage betrieben werden, in der nur ein Hammer die genannte Schlagenergie überschreitet.

Zu Nr. 10: Anlagen zur Herstellung von metallischen Normteilen durch Druckumformen auf Automaten sind auch Anlagen zum Reduzieren von Stangenmaterial in mechanischen Rotationshämmermaschinen, z. B. zur Herstellung von Nadeln, Sinterstäben für die Glühlampendrehen usw.

Zu Nr. 11: Anlagen zur Herstellung von Metallpaste durch Naßvermahlung fallen nicht unter die Genehmigungspflicht.

Zu Nr. 12: Als Behälter können nicht angesehen werden Bleche, die noch nicht in die Form von Dampfkesseln, Röhren oder Behältern gebracht worden sind, oder Orgelpfeifen, die aus Zinnblech hergestellt werden, wohl aber Ventilatorgehäuse und Zentralheizungskessel aus Blech.

Zu Nr. 13: Alle Werftanlagen, in denen nicht lediglich Schiffe aus Holz, Kunststoff oder anderen nichtmetallischen Werkstoffen hergestellt werden, fallen unter die Genehmigungspflicht. Insbesondere werden auch Reparaturbetriebe, in denen Schiffskörper aus Metall bearbeitet werden, durch Nr. 13 erfaßt.

Baustellen, auf denen Stahlkonstruktionen für Hochhäuser, Brücken usw. durch Vernieten oder mit maschinell angetriebenen Hämmern bearbeitet werden, sind keine Anlagen im Sinne der Nr. 13 VgA. Nur das Herstellen (nicht die Reparatur) von Stahlbaukonstruktionen ist genehmigungspflichtig.

Zu Nr. 14: Prüfstände für Strahltriebwerke zählen auch dann zu den genehmigungsbedürftigen Anlagen, wenn nicht der Rückstoß, sondern der Gasstrahl des Triebwerkes untersucht werden soll.

- Zu Nr. 15: Gasturbinen mit geschlossenem Kreislauf kommen in Kernreaktoren zur Anwendung. Sie unterliegen nicht der Genehmigungspflicht.
- Zu Nr. 16: Zu den Anlagen der in Nr. 16 genannten Art gehören auch Einrichtungen, die auf einem vorbereiteten Platz verfahren werden können. Sie sind genehmigungspflichtig, wenn den Umständen nach zu erwarten ist, das sie — z. B. auf einer Baustelle — länger als 6 Monate betrieben werden. Beim Betrieb auf Baustellen ist auch das Gesetz zum Schutz gegen Baulärm vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1214) zu beachten.  
Anlagen zur Herstellung von Formstücken mit anderen Bindemitteln als Zement sind nicht genehmigungspflichtig.
- Zu Nr. 17: Es fallen nur solche Fabriken oder Fabrikationsanlagen unter die Genehmigungspflicht, in denen die Herstellung von Stoffen mittels chemischer Umwandlung im Vordergrund steht; hiernach sind nicht genehmigungspflichtig Fabriken und Fabrikationsanlagen, in denen im Rahmen fertigungstechnischer Herstellungsverfahren chemische Umwandlungen mit handwerklichen Mitteln durchgeführt werden. Hierzu gehört z. B. die Fertigung von Boiskörpern aus Kunstharzen oder das „Ausschäumen“ von Maschinen und Geräten mit Polyurethan-Harzen.  
Eine chemische Umwandlung liegt auch vor, wenn sich zwar Ausgangsstoff und Endfabrikat in der Zusammensetzung nicht wesentlich unterscheiden, wenn aber das Zwischenprodukt von diesen grundlegend in seinen chemischen Eigenschaften abweicht.  
Brauereien, Kellereien und ähnliche Anlagen wurden bisher nicht in die Genehmigungspflicht einbezogen. Hieran hat sich nichts geändert. Zwar werden in diesen Anlagen die Ausgangsstoffe gewissen chemischen Umwandlungen unterworfen, die jedoch biologisch-chemischer Natur sind und im Sprachgebrauch nicht als chemische, sondern als biologische Umwandlungen angesehen werden.
- Zu Nr. 17b: Die Anlagen zur Herstellung von Ferrolegierungen, die aus den Konzentraten von Chrom-, Mangan- und Wolframserzen in Lichtbogenöfen unter Zugabe von Kalk als Schlackenbildner und Silizium bzw. Kohle als Reduktionsmittel zu Ferrochrom-, -mangan-, -wolfram verhüttet werden, sind wegen des engen Zusammenhangs mit den unter Nr. 17 Buchst. b aufgeführten Anlagen dieser Nummer zuzuordnen.
- Zu Nr. 17h: Nicht genehmigungspflichtig sind Anlagen zur Verarbeitung von Chemiefasern, weil hierbei chemische Umwandlungen nicht stattfinden.  
Auch Fabrikationsanlagen, die von einem Zwischenprodukt ausgehend über eine Polymerisation, Polyaddition oder Polykondensation als Endprodukt Kunststoffe herstellen — z. B. die Herstellung von Polyurethan —, fallen unter Nr. 17 Buchst. h.
- Zu Nr. 19: Reibbeläge sind z. B. Brems- und Kupplungsbeläge sowie Bremsbänder.
- Zu Nr. 20: Es werden sowohl die Natur- als auch die Kunstharze erfaßt.  
Alle Anlagen zur Herstellung von Lacken unter Erwärmung, d. h. auch die Kleinanlagen, sind als genehmigungspflichtig anzusehen.
- Zu Nr. 23: Die in Textilbetrieben vorgenommenen Bleicharbeiten an Garnen und Geweben unter Verwendung von alkalischen Stoffen und von Chlor fallen nur dann unter die Genehmigungspflicht, wenn diese Arbeiten in besonderen Betriebsabteilungen vorgenommen werden.  
Anlagen zum Bleichen von Garnen und Geweben, in denen nur alkalische Stoffe, möglicherweise nur solche mit Bleichwirkung, oder nur chlorhaltige Stoffe zur Anwendung kommen, fallen nicht unter Nr. 23.  
Anlagen, in denen Linters gebleicht werden, werden von Nr. 23 nicht erfaßt.
- Zu Nr. 24: Anlagen zur Gewinnung von Zellstoff aus Holz, Stroh u. ä. Faserstoffen, die im Rahmen von Papier- und Pappefabriken betrieben werden, werden durch Nr. 24 erfaßt.
- Zu Nr. 25: Der Begriff der Holzfaserspanplatten ist aus DIN 68 750 und der der Holzspanplatten aus DIN 68 761 zu entnehmen.
- Zu Nr. 27: Anlagen zur Destillation und Raffination von Altöl fallen unter Nr. 27. Anlagen zur Verbrennung von Altöl fallen unter Nr. 2.  
Anlagen zur Herstellung von Bitumenemulsionen — sog. Kaltasphalte — fallen unter Nr. 27, wenn das Bitumen ein Erdölzeugnis ist.
- Zu Nr. 29: Anlagen zur Erzeugung von Spaltgas in gewerblichen Betrieben für den eigenen Bedarf, z. B. in Härtereien, sind nicht genehmigungspflichtig.
- Zu Nr. 32: Soweit nicht die Voraussetzungen des § 2 VgA gegeben sind, bedürfen die in Nr. 32 genannten Anlagen auch dann einer Genehmigung, wenn sie auf Bauhöfen nur zum täglichen Anheizen aufgestellt werden.
- Zu Nr. 33: Die Begriffe Naturasphalt und Bitumen sind in DIN 55 946 definiert.  
Die Herstellung von Bitumen durch Destillation oder Verblasen sowie das Schmelzen oder Lösen werden durch Nr. 27 erfaßt.
- Zu Nr. 37: Von der Genehmigungspflicht werden auch Anlagen zur Herstellung von Bitumendachbahnen sowie Anlagen zum Tränken und Überziehen von Gegenständen (z. B. Rohren) mit heißem Bitumen, Teer oder Teeröl umfaßt.
- Zu Nr. 39: Zu den Faserstoffen gehören insbesondere Textilien und Papier; für die Lackierung werden insbesondere Lösungen von Harzen (z. B. Kunstharze, Kolophonium) in Lösungsmitteln wie Leinöl und organisch-chemischen Lösungsmitteln verwendet. Bei der hier ebenfalls erfaßten Imprägnierung handelt es sich um die Durchtränkung eines porösen Stoffes mit Flüssigkeiten (z. B. Lacken).  
Nicht erfaßt wird die Beschichtung von Metall, Holz, Glas u. a. Materialien mit Lacken oder oxidiertem Leinöl; bei Verfahren dieser Art sind die Vorschriften der Siebenten Verordnung zur Durchführung des Immissionsschutzgesetzes (Auswurfbegrenzung bei Trockenöfen) vom 1. Oktober 1970 (GV. NW. S. 320) zu beachten.
- Zu Nr. 40: Die in größeren Betrieben vorgenommene Oberflächenbehandlung von Metallen durch Verwendung von Flußsäure fällt nur unter Nr. 40, wenn diese Arbeiten verfahrenstechnisch und organisatorisch eine selbständige Einheit innerhalb des Betriebes darstellen.
- Zu Nr. 41: Die Vornahme von Ätzarbeiten an Glas unter Zuhilfenahme von Flußsäure fällt nicht unter



Nr. 41. Die Genehmigungspflicht ist beschränkt worden auf Anlagen zum Säurepolieren mit Flußsäure.

Zu Nr. 45: Eine sachliche Änderung gegenüber Nr. 22 VgA in der bisher geltenden Fassung ist nicht eingetreten.

Zu Nr. 46: Die Genehmigungspflicht für Anlagen zum Speichern brennbarer Gase ist auf Anlagen mit einem Fassungsvermögen von 1 500 m<sup>3</sup> und mehr, bezogen auf 20° C und 760 Torr, eingeschränkt. Ein solches Volumen nehmen etwa 6 m<sup>3</sup> Flüssiggas ein, wenn es in den gasförmigen Zustand übergeht.

Auch Faulgasbehälter mit einem Fassungsvermögen von 1 500 m<sup>3</sup> und mehr unterliegen der Genehmigungspflicht.

Nicht genehmigungspflichtig sind Gaseinzelflaschenlager oder diesen gleichzusetzende Lager für kleinere ortsbewegliche Einzelbehälter, bei denen nicht die Gasspeicherung, sondern die vorübergehende Aufbewahrung vor einer weiteren Verteilung der Einzelbehälter im Vordergrund steht.

Anlagen zur unterirdischen Gasspeicherung sind nicht genehmigungspflichtig, da es sich hierbei um eine „behälterlose“ Speicherung handelt.

Zu Nr. 47: Nicht genehmigungspflichtig sind landwirtschaftlich genutzte Anlagen. Diese unterscheiden sich dadurch von gewerblichen Anlagen, daß bei ihnen im Rahmen eines einheitlichen Betriebes eine enge Verbindung zwischen der Tierhaltung und der landwirtschaftlichen Nutzung des Bodens besteht. Das ist der Fall, wenn das Futter zu einem nicht unbedeutenden Teil (in der Regel mindestens 30 %) auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes gewonnen wird.

Zu Nr. 48: Genehmigungspflichtig sind auch Versand-schlachtereien und Geflügelschlachtereien.

Von der Genehmigungspflicht sind Anlagen ausgenommen, in denen lediglich in handwerklichem Umfang geschlachtet wird. Dabei kommt es nicht auf die Eintragung in die Handwerksrolle, sondern allein auf den Betriebsumfang an, der geringer als bei einem industriellen Betrieb sein muß.

Gemeinschaftliche Schlachteinrichtungen, die von Viehhaltern betrieben werden und nur dem Schlachten für Eigenbedarfszwecke dienen, werden nicht im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen betrieben und sind deshalb nicht genehmigungspflichtig.

Zu Nr. 49: Unter Nr. 49 fallen auch die Knochenlager der Altmateriahändler, unabhängig von ihrer Größe.

Eine Verbrennungsanlage für getötete Versuchstiere in einem pharmazeutischen Großbetrieb ist keine Tierkörperbeseitigungsanstalt im Sinne der Nr. 49, jedoch u. U. eine Anlage im Sinne der Nr. 2.

Kottrocknungsanlagen werden nur insoweit erfaßt, als thermische Verfahren zur Anwendung kommen.

Zu Nr. 51: Die Verwendung von bereits gereinigten, entschleimten und gesalzenen Därmen fällt nicht unter Nr. 51.

Zu Nr. 52: Die vorübergehende Aufbewahrung von Tierhäuten in Metzgereien mit eigenen Schlachthöfen ist keine Lagerung im Sinne der Nr. 52.

Zu Nr. 54: Zu den Anlagen zur Herstellung von Leim gehört auch die Überführung des flüssigen Leims in das feste Produkt, wenn sich diese Weiterverarbeitung an die Herstellung an-

schließt. Bei der Weiterverarbeitung des flüssigen Leims können auch belästigende Einwirkungen auf die Nachbarschaft durch den Geruch der Brüden entstehen.

Die RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 26. 2. 1959 (SMBl. NW. 71011) und v. 24. 10. 1961 (SMBl. NW. 7130) werden aufgehoben.

— MBl. NW. 1972 S. 2009.

## 7830

### Berufsordnung der Tierärztekammer Westfalen-Lippe

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 16. 11. 1972 — I C 1 — 1110 — 4254

Die Kammerversammlung der Tierärztekammer Westfalen-Lippe hat am 25. 9. und 17. 11. 1971 eine neue Berufsordnung der Tierärztekammer Westfalen-Lippe beschlossen, die von mir am 8. 3. 1972 — I C 1 — 1110 — 4254 — auf Grund von § 5 Abs. 3 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Apotheker, Tierärzte und Zahnärzte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 1954 (GS. NW. S. 376), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Januar 1970 (GV. NW. S. 44), — SGV. NW. 2122 — genehmigt worden ist.

Die Berufsordnung ist im Deutschen Tierärzteblatt 1972 Nr. 4 Seite 149, die Anlagen 1 bis 24 zu § 33 Abs. 2 der Berufsordnung sind im Deutschen Tierärzteblatt 1972 Nr. 6 Seite 235, Nr. 7 Seite 277, Nr. 8 Seite 321, Nr. 9 Seite 378 und Nr. 10 Seite 421 veröffentlicht. Die Berufsordnung der Tierärztekammer Westfalen-Lippe ist nach § 38 Abs. 1 am 1. November 1972 in Kraft getreten. Gleichzeitig ist die Berufsordnung vom 24. Mai 1972 außer Kraft getreten.

Mein RdErl. v. 11. 3. 1963 (SMBl. NW. 7830) wird hiermit aufgehoben.

— MBl. NW. 1972 S. 2011.

## II.

### Finanzminister

#### Mehrausgaben bei den Personalausgaben des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1972

RdErl. d. Finanzministers v. 30. 11. 1972 —  
I D 1 Tgb.Nr. 5675/72

Nach Artikel 85 LV ist bei Haushaltsüberschreitungen in jedem Einzelfall meine vorherige Zustimmung erforderlich. Zur Ersparung von Verwaltungsarbeit treffe ich für die im laufenden Haushaltsjahr entstehenden Überschreitungen bei den Haushaltsansätzen für Personalausgaben folgende Regelung:

1. Ich stimme gemäß Art. 85 LV allgemein den Haushaltsüberschreitungen zu, die bei den nachstehend aufgeführten Titeln durch Änderungen des Besoldungs- und Versorgungsrechts und der Tarifverträge zwangsläufig entstanden sind und nach Ausschöpfung aller Deckungsmöglichkeiten verbleiben:

- 421 (Bezüge des Ministerpräsidenten bzw. der Minister)
- 422 1 (Bezüge der Beamten und Richter)
- 422 2 (Unterhaltszuschüsse)
- 422 3 (Kolleggeldpauschale) — nur im Hochschulbereich —
- 425 (Bezüge der Angestellten)
- 426 (Bezüge der Arbeiter)
- 431 bis 437 (Versorgungsbezüge)
- 439 (Bezüge der emeritierten Professoren).

2. Meine vorherige Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Ausgaben ist in jedem Einzelfall mit besonderem **Schreiben** zu beantragen
  - a) für Mehrausgaben bei den vorstehend genannten Titeln, sofern es sich um Mehrausgaben handelt, die nicht durch gesetzliche oder tarifliche Änderungen entstanden sind,
  - b) für Mehrausgaben bei den übrigen Titeln der Personalausgaben.
3. Mehrausgaben, die bei den als Zuschußleistungen an Dritte veranschlagten Abgabeansätzen durch Änderungen des Besoldungs- und Versorgungsrechts und der Tarifverträge entstehen sollten, dürfen ebenfalls nur mit meiner vorherigen Zustimmung geleistet werden. Dies gilt auch für Mehrausgaben, die bei den in Titelgruppen veranschlagten Personalausgaben eintreten.

Nach Abschluß des Haushaltsjahres 1972 werde ich den Präsidenten des Landtags, den Präsidenten des Landesrechnungshofs und die obersten Landesbehörden bitten, mir eine Nachweisung der Mehrausgaben bei den Personalausgaben zu übersenden, damit ich für die genehmigten Mehrausgaben Verstärkungsmittel aus Kapitel 14 02 Titel 461 zur Verfügung stellen kann.

— MBL NW. 1972 S. 2011.

### Personalveränderungen

#### Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Es sind ernannt worden:

Verbandsvorsteher Dr. A. Ebert zum Staatssekretär  
 Leit. Ministerialrat W. Neusel zum Ministerialdirigenten  
 Ministerialrat Dipl.-Ing. G. Häring zum Leit. Ministerialrat  
 Ministerialrat Dr. L. Pielow zum Leit. Ministerialrat  
 Regierungsdirektor H. Drees zum Ministerialrat  
 Landforstmeister Dipl.-Forstwirt D. Heitmann zum Oberlandforstmeister  
 Landforstmeister Dipl.-Forstwirt H. Hochhäuser zum Oberlandforstmeister  
 Regierungsdirektor G. Huber zum Ministerialrat  
 Regierungsdirektor G. Pientak zum Ministerialrat  
 Regierungsdirektorin Dipl.-Landwirtin Dr. M. Küper zur Ministerialrätin  
 Regierungsveterinärdirektor Dr. med. vet. R. Larsen zum Ministerialrat  
 Landforstmeister Dipl.-Forstwirt F. Rost zum Oberlandforstmeister  
 Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. C. E. Stein zum Ministerialrat  
 Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. G. Tramm zum Ministerialrat  
 Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. K.-W. Wetterkamp zum Ministerialrat  
 Regierungsdirektor Dipl.-Landwirt Dr. H. Wiedemeyer zum Ministerialrat  
 Oberregierungsrat Dipl.-Ing. H. Anna zum Regierungsdirektor  
 Oberregierungsrat H. Beyer zum Regierungsdirektor  
 Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. L. Fischer zum Regierungsbaudirektor nach Versetzung aus dem Landesdienst Baden-Württemberg  
 Oberlandwirtschaftsrat Dipl.-Landwirt Dr. F. Lüke zum Regierungsdirektor  
 Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. R. Philippi zum Regierungsbaudirektor nach Versetzung vom Wasserwirtschaftsamt Hagen  
 Oberregierungsrat Dipl.-Landwirt Dr. H. Rabe zum Regierungsdirektor  
 Oberregierungsrat Dr. W. Thiel zum Regierungsdirektor

Regierungsrat P. Hecking zum Oberregierungsrat  
 Regierungsrat Dr. E.-L. Holtmeier zum Oberregierungsrat  
 Regierungs- und Baurat Dipl.-Ing. D. Ruchay zum Oberregierungsbaurat nach Versetzung vom Regierungspräsidenten — Düsseldorf —  
 Regierungsrat Dipl.-Ing. A. Schmidt zum Oberregierungsrat  
 Regierungsrat R. Schmidt zum Oberregierungsrat  
 Regierungsrat z. A. A. Kränzle zum Regierungsrat  
 Oberamtsrat Ladleif zum Regierungsrat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Staatssekretär Dr. N. Thienel  
 Ministerialdirigent H. Nellen  
 Leit. Ministerialrat Dipl.-Landwirt Dr. B. Hugenroth  
 Leit. Ministerialrat Dipl.-Ing. H. Köster  
 Ministerialrat Dipl.-Ing. W. Baumgart

Es ist versetzt worden:

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. J. Behrend zum Regierungspräsidenten — Köln —

#### Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Landesamt für Ernährungswirtschaft Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf  
 Oberregierungsrat F.-A. Büchel zum Regierungsdirektor

#### Regierungspräsident — Detmold —

Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. G. Pegels zum Leit. Regierungsbaudirektor

#### Regierungspräsident — Düsseldorf —

Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. J. Strohe zum Leit. Regierungsbaudirektor  
 Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. K. Unterberg zum Regierungs- und Baurat  
 Regierungsveterinär z. A. Dr. med. vet. H. Otto zum Regierungs- und Veterinär

#### Regierungspräsident — Köln —

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. J. Behrend zum Regierungsbaudirektor  
 Regierungs- und Baurat Dipl.-Ing. K.-H. Gerber zum Oberregierungs- und -baurat

#### Landesanstalt für Gewässerkunde und Gewässerschutz Nordrhein-Westfalen in Krefeld

Ministerialrat Dipl.-Ing. R. Zayc zum Präsidenten der Landesanstalt für Gewässerkunde und Gewässerschutz NW nach Versetzung aus dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes NW  
 Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. Dr. H. Kirsch zum Regierungsbaudirektor nach Versetzung vom Wasserwirtschaftsamt Aachen  
 Oberregierungsrätin z. A. Dipl.-Chemikerin Dr. D. Pätze zur Oberregierungsrätin  
 Oberregierungsrat z. A. Dr. H.-V. Herbst zum Oberregierungsrat  
 Regierungsrat z. A. Dipl.-Biologe K. Heuß zum Regierungsrat  
 Regierungsrat z. A. Dr. rer. nat. H. Kalthoff zum Regierungsrat

#### Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen

##### — Münster —

Leit. Regierungsdirektor R. Schwesig zum Abteilungsleiter  
 Regierungsdirektor H. Gerdorf zum Leit. Regierungsdirektor  
 Regierungsdirektor O. von Kries zum Leit. Regierungsdirektor

Oberregierungsrat H. Kriwet zum Regierungsdirektor  
Regierungsoberrat W. Hupe zum Regierungsrat

**Amt für Agrarordnung — Aachen —**

Regierungsvermessungsdirektor Dipl.-Ing. Dr. F. Ost-  
hoff zum Leit. Regierungsvermessungsdirektor

**Amt für Agrarordnung — Arnsberg —**

Regierungsvermessungsassessor Dipl.-Ing. G. Tilli zum  
Regierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Bielefeld —**

Oberregierungsvermessungsrat P.-F. Kuhlmann zum  
Regierungsvermessungsdirektor  
Oberregierungsvermessungsrat H. Schmidt zum Re-  
gierungsvermessungsdirektor  
Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. H. Wulkuhle  
zum Oberregierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Bonn —**

Oberregierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. W. Vollmar  
zum Regierungsvermessungsdirektor  
Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. Dr. E. Weiß zum  
Oberregierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Coesfeld —**

Regierungsvermessungsassessor Dipl.-Ing. W. Knoll  
zum Regierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Düsseldorf —**

Regierungsvermessungsdirektor Dipl.-Ing. Dr. Bärö  
zum Leit. Regierungsvermessungsdirektor  
Oberregierungsvermessungsrat J. Rauters zum Regie-  
rungsvermessungsdirektor

**Amt für Agrarordnung — Köln —**

Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. K. H. Dörbecker  
zum Oberregierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Minden —**

Oberregierungsvermessungsrat T. Wilmers zum Re-  
gierungsvermessungsdirektor nach Versetzung vom Amt  
für Agrarordnung — Siegen —  
Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. W. Meyer zum  
Oberregierungsvermessungsrat  
Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. H.-J. Münnich-  
hausen zum Oberregierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Mönchengladbach —**

Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. H. Mocken zum  
Oberregierungsvermessungsrat  
Regierungsassessor J. Behnes zum Regierungsrat

**Amt für Agrarordnung — Münster —**

Regierungsdirektor G. Terhardt zum Leit. Regierun-  
gsdirektor nach Versetzung vom Landesamt für Agrar-  
ordnung NW. — Münster —  
Oberregierungsvermessungsrat H. Heckmann zum  
Regierungsvermessungsdirektor  
Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. P. Walter zum  
Oberregierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Siegen —**

Oberregierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. K. Buck zum  
Regierungsvermessungsdirektor  
Oberregierungsvermessungsrat H. Riewendt zum  
Regierungsvermessungsdirektor  
Oberregierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. N. Schmidt  
zum Regierungsvermessungsdirektor nach Versetzung  
vom Amt für Agrarordnung — Düsseldorf —

**Amt für Agrarordnung — Soest —**

Oberregierungsrat Dipl.-Landwirt R. Kleimann-Möl-  
lenbrock zum Regierungsdirektor nach Versetzung  
vom Amt für Agrarordnung — Bielefeld —  
Oberregierungsvermessungsrat H. Drolshagen zum  
Regierungsvermessungsdirektor

Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. K.-G. Witte zum  
Oberregierungsvermessungsrat

**Amt für Agrarordnung — Warburg —**

Oberregierungsvermessungsrat H. Selter zum Regie-  
rungsvermessungsdirektor

**Direktor der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe als  
Landesbeauftragter — Höhere Forstbehörde — in Münster**  
Landforstmeister Dipl.-Forstwirt H. Schlemmer zum  
Oberlandforstmeister

Oberforstmeister Dipl.-Forstwirt A.-F. Anger zum Land-  
forstmeister

Oberregierungsrat E. Kurzinsky zum Regierun-  
gsdirektor

Forstmeister Dipl.-Forsting. W. Schlichting zum  
Oberforstmeister

**Forsteinrichtungsamt des Landes Nordrhein-Westfalen in  
Düsseldorf**

Oberregierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. H. Engemann  
zum Regierungsvermessungsdirektor nach Versetzung  
vom Amt für Agrarordnung — Mönchengladbach —

**Staatl. Forstamt — Siegburg —**

Oberforstmeister H. Schmidt zum Landforstmeister

**Staatl. Forstamt — Königsforst —**

Oberforstmeister Dipl.-Forstwirt H. Stonus zum Land-  
forstmeister

**Staatl. Forstamt — Paderborn —**

Oberforstmeister Dipl.-Forstwirt W. Wiemer zum  
Landforstmeister

**Staatl. Forstamt — Arnsberg-Nord —**

Forstmeister Dipl.-Forstwirt D. Dostal zum Oberforst-  
meister

**Forstamt der Landwirtschaftskammer — Olpe —**

Oberforstmeister Dipl.-Forstwirt B. Peters zum Land-  
forstmeister

**Forstamt der Landwirtschaftskammer — Waldbröl —**

Forstassessor Dipl.-Forstwirt B. Heukamp zum Forst-  
meister

**Wasserwirtschaftsamt Aachen**

Regierungsbaurat z. A. Dipl.-Ing. H. Knott zum Regie-  
rungsbaurat  
Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. R. Meierjohann  
zum Regierungsbaurat

**Wasserwirtschaftsamt Bonn**

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. T. Schindler zum  
Regierungsbaurat  
Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. G. Lampe zum Regie-  
rungsbaurat

**Wasserwirtschaftsamt Düsseldorf**

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. W. Schmitz zum Re-  
gierungsbaudirektor  
Regierungsbaurat Dipl.-Ing. G. Berkold zum Ober-  
regierungsbaurat  
Regierungsbaurat Dipl.-Ing. A. Leberke zum Ober-  
regierungsbaurat

**Wasserwirtschaftsamt Hagen**

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. K. Nuyken zum Re-  
gierungsbaurat

**Wasserwirtschaftsamt Lippstadt**

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. W. Boucsein zum  
Regierungsbaurat

**Wasserwirtschaftsamt Minden**

Regierungsbaurat Dipl.-Ing. W. Seidel zum Oberregie-  
rungsbaurat

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. R. Nuyken zum Regierungsbaurat

#### Wasserwirtschaftsamt Münster

Regierungsbaurat Dipl.-Ing. Fr.-J. Brautlecht zum Oberregierungsbaurat

#### Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Arnsberg

Regierungsveterinärärztin Dr. med. vet. I. Kleikamp zur Oberregierungsveterinärärztin

#### Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Krefeld

Regierungsveterinärarzt z. A. Dr. med. vet. E. Harasim zum Regierungsveterinärarzt

#### Forschungsstelle für Grünland und Futterbau des Landes NW in Kleve-Kellen

Landwirtschaftsrat Dipl.-Landwirt Dr. H. Lennartz zum Oberlandwirtschaftsrat

Es sind versetzt worden:

#### Regierungspräsident — Aachen —

Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. H. Peters zur Stadtverwaltung Düren

#### Regierungspräsident — Köln —

Regierungs- und Veterinärarzt Dr. med. vet. J. Chaumet in den Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

#### Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen in Münster

Regierungsrat E. Robert zum Amt für Agrarordnung — Düsseldorf —

#### Amt für Agrarordnung — Aachen —

Regierungsvermessungsdirektor P. Hämpe zum Amt für Agrarordnung — Siegburg —

Oberregierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. F.-M. Feinen zur Stadtverwaltung Eschweiler

#### Wasserwirtschaftsamt Düsseldorf

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. H. Leberke zum Regierungspräsidenten — Düsseldorf —

Es sind in den Ruhestand getreten:

#### Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen in Münster

Abteilungsdirektor Dr. E. Teloo

Leit. Regierungsvermessungsdirektor Lohmann

Leit. Regierungsdirektor W. Müller

#### Amt für Agrarordnung — Arnsberg —

Oberregierungsvermessungsrat K. Seemann

#### Amt für Agrarordnung — Bielefeld —

Regierungsvermessungsdirektor P.-F. Kuhlmann  
Oberregierungsvermessungsrat F. Ehlebracht

#### Amt für Agrarordnung — Bonn —

Regierungsvermessungsdirektor B. Braunschweig  
Regierungsvermessungsdirektor Dipl.-Ing. W. Vollmar

#### Amt für Agrarordnung — Düsseldorf —

Leit. Regierungsvermessungsdirektor H. Maubach

#### Amt für Agrarordnung — Köln —

Regierungsvermessungsdirektor J. Thomas

#### Amt für Agrarordnung — Minden —

Regierungsvermessungsdirektor F. Schienstock

#### Amt für Agrarordnung — Mönchengladbach —

Oberregierungsvermessungsrat H. Hersch

#### Amt für Agrarordnung — Münster —

Leit. Regierungsdirektor P. von Halen

#### Amt für Agrarordnung — Siegburg —

Regierungsvermessungsdirektor O. Arand  
Oberregierungsvermessungsrat G. Brand

#### Amt für Agrarordnung — Siegen —

Regierungsvermessungsdirektor J. Wennekamp

#### Amt für Agrarordnung — Soest —

Regierungsdirektor Dipl.-Landwirt Dr. E. Borchert  
Regierungsvermessungsdirektor W. Moritz

#### Amt für Agrarordnung — Warburg —

Regierungsvermessungsdirektor N. Kersting

#### Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland als Landesbeauftragter — Höhere Forstbehörde — in Bonn

Landforstmeister Dipl.-Forstwirt R. Frh. von Ulmenstein

#### Forsteinrichtungsamt des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

Landforstmeister W. Höfling

Landforstmeister B. Keimer

#### Früheres Staatl. Forstamt — Hambach —

Oberforstmeister F. Frerich

#### Wasserwirtschaftsamt Duisburg/Ruhr

Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. P. Lossier

#### Wasserwirtschaftsamt Düsseldorf

Leit. Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. B. Schrader

— MBl. NW. 1972 S. 2012.

#### Einzelpreis dieser Nummer 4,50 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 20,80 DM, Ausgabe B 22,— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.